

Beschwerdestelle für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Beschluss Nr. 100

Beschluss der Vollversammlung am 30.03.2009

I. Antrag

Die Landeshauptstadt wird aufgefordert, eine zentrale Beschwerdestelle für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und deren Eltern einzurichten. Die Fachstelle soll sich mit Schulproblemen und Schulbeschwerden dieser Zielgruppe befassen. Sie soll den Familien beratend zur Seite stehen und zielgerichtet Problemlösungen mit ihnen erarbeiten.

Die Stelle soll darüber hinaus den Beschwerden nachgehen und die Eltern und Kinder bei Gesprächen mit der Schule vermittelnd unterstützen.

Sobald die Fachstelle eingerichtet ist, sollen Migrantenfamilien umfassend über diese Möglichkeit der Hilfestellung informiert werden.

II. Begründung

Durch ihre zahlreichen Kontakte zu Eltern von Schulkindern und durch eigene Erfahrungen wissen die Mitglieder der Ausländerbeirates, wie schwer sich Migrantenfamilien oft bei Schulproblemen ihrer Kinder tun. Sie fühlen sich nicht ausreichend informiert, befürchten Nachteile für ihre Kinder im Falle von Beschwerden an der Schule, kennen ihre Rechte und Pflichten im Schulkontext nur ansatzweise. Elternbeiräte, die zu Rate gezogen werden, scheitern nicht selten selbst an den vorgegebenen Schulstrukturen.

Seit Jahren werden diese Eltern beim Ausländerbeirat vorstellig, der sie dann an die bekannten Adressen weitervermittelt.

Es muss jedoch eine Anlaufstelle für konkrete Beschwerden von Migranteneltern geben, eine Stelle, die auf Seiten der Schülerinnen und Schüler steht, wenn es Auseinandersetzungen im Schulbereich gibt, wenn Übertrittsfragen strittig sind, wenn Überweisungen auf die Förderschule anstehen oder wenn es um die Klassenzusammensetzung geht – um nur einige Beispiele zu nennen.

III. Einstimmiger Beschluss nach Antrag

Cumali Naz
Vorsitzender

Maria Sibenik
Sprecherin des Ausschusses für Jugend,
Familie, Erziehung und Bildung